## Entwurf für eine Erklärung

## Nein zu Lohndumping und Ausgründung bei den landeseigenen Betrieben!

Wir, prekär Beschäftigte aus dem Verantwortungsbereich des Landes Berlins, aus CFM, Charité, Vivantes, Technik Museum (T&M GmbH), Botanischer Garten / Botanisches Museum(BGBM), aus den Sozialen Diensten (Freie Träger), z.B. dem VdK Sozialverband, MusikschullehrerInnen, OrchestermusikerInnen, VHS-DozentInnen, Lehrbeauftragte an den Universitäten ...

haben die mehrheitliche Entscheidung des Aufsichtsrats des landeseigenen Unternehmens Vivantes vom 25. März 2015 zur Kenntnis genommen, den Überleitungen nach § 613 BGB von 700 MitarbeiterInnen bei Vivantes in die Tochter Service GmbH zuzustimmen. Am 3.Dezember 2014 hatte der Aufsichtsrat die Gründung der "Therapeutischen Dienste GmbH" beschlossen, die ab dem 1. Januar 2015 neues Personal einstellt.

Die politische Verantwortung für die Ausgründungen und Überleitung von Beschäftigten bei landeseigenen Betrieben der öffentlichen Daseinsvorsorge tragen der Senat und die Mitglieder des Abgeordnetenhauses Berlin.

Auf der Veranstaltung "Keine prekäre Arbeit und tariffreie Bereiche im Verantwortungsbereich des Landes Berlin" am 16. September 2014 im DGB-Haus, an der weit über 100 prekär Beschäftigte, sowie Gewerkschaftsverantwortliche und Verantwortliche der SPD auf Einladung des AfA-Landesvorstands und von vier AfA-Kreisverbänden teilgenommen haben, haben Michael Müller, jetzt Regierender Bürgermeister von Berlin, Raed Saleh, Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, und Jan Stöß, Landesvorsitzender der Berliner SPD erklärt, dass sie der prekären Beschäftigung den Kampf ansagen werden.

## Doch Worte sind das eine, Taten das andere!

Die Ausgliederung der 700 Beschäftigten bei Vivantes in die Tochter Service GmbH wird damit gerechtfertigt, dass der Überleitungsvertrag den Alt-Beschäftigten ihre "Besitzstände" garantiere.

- Aber in jedem Fall wird mit der Ausgliederung ein weiterer Schritt in die zukünftige Ausweitung von prekärer Beschäftigung vollzogen
- Die befristet beschäftigten KollegInnen bei Vivantes, die in die "Therapeutischen Dienste GmbH" ausgegliedert werden sollen, werden vor die Alternative gestellt, entweder ihre Entlassung zu unterzeichnen oder mit Lohneinbußen von 600 € der Ausgliederung zuzustimmen.
- Das ist die Absage an die Forderung der KollegInnen: Ein Betrieb ein Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes. Es ist die Spaltung der Belegschaft und Schwächung unserer Gewerkschaftsorganisation

Begründet wird dies von Senatsvertretern mit dem Argument, dass mit der o.g. Entscheidung des Aufsichtsrats eine langfristige Sicherung des Betriebes gewährleistet werden könne.

Das heißt nichts anderes, als dass der Senat der Meinung ist, im Namen der Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung und der Schuldenbremse ist prekäre Beschäftigung unausweichlich.

Der Senat liefert Vivantes liefert das größte öffentliche Krankenhaus Deutschlands den Armutslöhnen des Dumping-Markt-Wettbewerb aus.

Wir können und werden das nicht akzeptieren.

Ausdrücklich unterstützen wir die Forderungen der Betriebsversammlung von Vivantes am 9.März 2015:

- Wir fordern deshalb die sofortige Rückabwicklung der neugegründeten Tochter "Therapeutische Dienste GmbH".
- Wir fordern die Geschäftsführung auf, keine weiteren Tochtergesellschaften zu gründen und bestehende Tochtergesellschaften wieder in die Vivantes GmbH zu integrieren. Insbesondere dürfen keine Überleitungen nach § 613 BGB durchgeführt werden. Im Unternehmen Vivantes darf es keine tariffreien Betriebe geben.

• Vivantes ist ein landeseignes Unternehmen. Alle Beschäftigten brauchen den TVöD! Wir fordern die sofortige Aufnahme von Tarifverhandlungen für einen TVöD für alle Vivantes-Beschäftigte.

Wir schlagen vor diesem Hintergrund vor, dass der DGB Berlin, gemeinsam mit den Einzelgewerkschaften, eine Konferenz zu prekärer Beschäftigung im Verantwortunbgsbreich des Landes Berlin zum September einberuft.

Wir rufen alle, prekär Beschäftigte, GewerkschafterInnen, Vertrauensleute, Betriebsgruppen, und Betriebsund Personalräte auf, gemeinsam eine solche Konferenz mit konkreten Forderungen vorzubereiten.

Wir wenden uns an die Mitglieder der Tarifkommissionen, an die Gewerkschaftssekretäre, Gewerkschaftsvorstände und Fachbereichsvorstände, den gewerkschaftlichen Kampf für die Aufhebung prekärer Beschäftigung in Berlin zu organisieren und einen ersten Schritt dafür zu leisten mit der Mobilisierung für die Kampfkonferenz unter dem Dach des DGB, getragen von den Einzelgewerkschaften.

Berlin 30.März.2015

Name	Einrichtung	Gewerksch	Gewerkschaft	
The second reduced to the second	finder Proceedings and a		and the commission fluid asknown.	
The state of the s				
			and the state of t	
		leaston ast pol		
. thunb balw 1 (3 + 6) and	residuo Toibni som	colill gren bei Viva		
Stadional States State	L Beschiffigen (No.	A not grahovegou	conclitionigt, dass der Utterloi	
ganderent selfesteles ob req	witeer Scien	north or Augusta		
	rolesigen, ash 3 km			
besiden godinled by to the same	n ourist view line fil	fonelul tob pari	Dieustes l'is est die Spa	
it der o.g. Enterheitene des	finds Argunouth stages	i i i i i i i i i i i i i i i i i i i	nor new right follow tobustrages?	
SHILL HAVE				
dell'i de l'anno	denote and designed as a se			
mudikestrak nek dantasand	and ficing 14 conductions	ins größte öffi		
			The Adhesia bay assimily and	
2 (Of sales for six sources 2 con-		k management of and		
edschopped Lastice Louis	in transport sale median	edichotol sein über		
bag rishatay ax nepadadi	spisition i maniene se		Mensio sumbir Wir fordem die Geschä	
integraphent, forbesondere district	Ildraid some V site of	c roleses assistantesis		